

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24  
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6988  
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)  
2 Mk. - Postzeitungsliste Nr. 3167

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 27 500 Exemplaren.

### Inhalt.

Steigerung der Haushaltskosten. — Gewerkschaftliche Rundschau. —  
Allerlei aus Straßburg. — Aus der Bewegung. — Aus den Stadt-  
parlamenten. — Verbandsteil. — Anzeigen.

## Steigerung der Haushaltskosten.

Die notwendig eine Erhöhung des Lohnentommens für die gewerbliche Arbeiterschaft ist, soll nicht ihre Lebenshaltung sich erheblich verschlechtern, das lehrt ein Blick auf die innerhalb Jahresfrist eingetretene Steigerung der Haushaltskosten. Eine annähernd richtige Vorstellung von dem Grade dieser Steigerung erhält man, wenn man die letzten Berechnungen der Berliner Monatszeitschrift „Der Arbeitsmarkt“ über den wöchentlichen Lebensmittelpbedarf einer Arbeiterfamilie mit denen im Vorjahre vergleicht. Als wöchentliche Bedarf an Lebensmitteln ist die Verpflegungseration des deutschen Marinefeldaten zugrunde gelegt, da es für den industriellen Arbeiter keine einheitliche Normalration gibt. Wenn aber die Nation des Marinefeldaten unterstellt wird, so geschieht dies in der Absicht, um vergleichbare Resultate zu gewinnen und die Bewegung der wöchentlichen Nahrungsaufwandes veranschaulichen zu können. Denn daß auf Grund der Veränderungen der Kosten, die für die Verpflegungseration des deutschen Marinefeldaten aufgewendet werden müssen, im großen und ganzen ohne weiteres auf eine Verteuerung oder Verbilligung der Volksnahrung geschlossen werden kann, ergibt sich, wenn man erwägt, daß in der Verpflegungseration des Marinefeldaten alle wichtigen Nahrungsmittel in einem recht günstigen Verhältnis vertreten sind. Nach der Speiserollen besteht nämlich die wöchentliche Portion pro Mann für Schiffe in heimischen Häfen aus

800 Gramm Rindfleisch	3000 Gramm Kartoffeln
750 - Schweinefleisch	340 - Zucker
400 - Hammelfleisch	5250 - Brot
150 - Reis	455 - Butter
300 - Bohnen	106 - Salz
300 - Erbsen	105 - Kaffee
500 - Weizenmehl	21 - Tee
200 - Wachsflanzen	0,11 Liter Essig

Für eine vierköpfige Arbeiterfamilie ist der wöchentliche Nahrungsaufwand in der Weise angenommen, daß unter Reduzierung von zwei Kindern auf eine erwachsene Person das dreifache der Normalration des Marinefeldaten berechnet wird. Die einzelnen Lebensmittelmengen, aus denen sich die Nation zusammensetzt, sind zu den niedrigsten Marktpreispreisen unter Zuzug einer fünf- bis sechszehntenprozentigen Erhöhung berechnet, da die niedrigen Preise bekanntlich nicht die häufigsten sind. Stellen wir nun für die Städte Danzig, Berlin, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Stuttgart und München den durchschnittlichen Kostenaufwand pro Woche für Mai 1905 und

1906 zusammen, so erhalten wir folgende Uebersicht. Der wöchentliche Kostenaufwand betrug im Mai

	1905	1906	mehr (+) oder weniger (-) i. J. 1906
	in Mark		
Danzig	19,77	21,81	+ 2,04
Berlin	21,15	21,64	+ 0,49
Dresden	20,46	22,48	+ 2,02
Chemnitz	23,32	23,18	- 0,14
Leipzig	21,94	21,67	- 0,27
Stuttgart	20,46	22,91	+ 2,45
München	23,05	23,64	+ 0,59

Mit Ausnahme der zwei sächsischen Plätze Chemnitz und Leipzig ist die Verteuerung allgemein und der Grad der Verteuerung oft auch ziemlich erheblich. Man nehme zur Danzig, Dresden und Stuttgart. Die Ursache der starken Verteuerung ist vornehmlich in der Erhöhung der Fleischpreise zu suchen. In Stuttgart z. B. kostete das Kilogramm Rindfleisch im Mai vorigen Jahres 1 Mk., im Mai dieses Jahres 1,10 Mk., das Kilogramm Schweinefleisch damals 1,44 Mk., jetzt 1,60 Mk. und das Kilogramm Hammelfleisch damals 1,06 Mk., jetzt dagegen 1,20 Mk. Nirgends sind gegenüber dem Vorjahre die Preise zurückgegangen. Es ist auch aller Voraussicht nach vorläufig nicht mit einer Preisherabsetzung zu rechnen. Man muß vielmehr froh sein, wenn keine neue kräftige Steigerung der Preise eintritt. Augenblicklich sind die Zufuhren an den Schlachtviehmärkten so knapp, daß bei längerer Dauer die Viehpreise anzusehen müßten. Einen Stich durch diese Rechnung dürfte indes die Witterung machen. Je wärmer es wird, desto weniger ist es anständig und rentabel, das Schlachtvieh von den Märkten zurückzulassen. Wenn wir nun auch mit keiner weiteren Erhöhung der Viehpreise rechnen, so ist doch auch keine stärkere Ermäßigung der Vieh- oder gar der Fleischpreise zu erwarten. Die Konsumenten müssen sich vielmehr auf das gegenwärtige Preisniveau für längere Zeit einrichten. Uebrigens nicht nur die Steigerung der Fleischpreise trägt schuld an der Erhöhung der Haushaltskosten, es ist teilweise auch das Brot teurer geworden, wie sich aus folgender Aufstellung ergibt. Es kostete ein Kilogramm Brot im Mai

	1905	1906
	in Mark	
Danzig	0,16	0,20
Dresden	0,21	0,24
Chemnitz	0,20	0,22
Stuttgart	0,21	0,22

Wehl, Butter, Eier zeigen gegenüber dem Vorjahre gleichfalls steigende Tendenz, während bei Kartoffeln eine allgemeine Preisermäßigung eingetreten ist. Angehends dieser Verengung der Lebensmittelpreise ist eine entsprechende Erhöhung der Löhne um so nötiger, als die Kosten nicht nur für die Ernährung, sondern für die Befriedigung so ziemlich aller Bedürfnisse gestiegen oder noch im Steigen begriffen sind. Bekleidung, Wohnung verursachen auch Mehraufgaben, so daß der Nominallohn schon ziemlich kräftig steigen muß, wenn die Arbeiterfamilie ihre Lebenshaltung nicht verschlechtern will. Bei der gegenwärtigen Gunst der Konjunktur wollen vielmehr die Arbeiter ihre Lage gegen 1905 verbessern. Das hat aber zur Voraussetzung, daß die Löhne in noch stärkerer Proportion steigen müssen, als es bei den Warenpreisen der Fall war. Da die Arbeitgeber sich zu solchen Lohnsteigerungen nicht von selbst bequemen, so ist die überaus lebhafteste Streikbewegung im laufenden Jahre durchaus verständlich.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

Das Getriebe in der ortslichen Politik ist so allmählich auf seinen sommerlichen Höhepunkt anwachsend, nur noch etwas vorläufiger Standstill und Beilegen und zu spüren lernen Sach mehr. Die Zeit der sauren Warten ist nun wieder da. Nur für die an der See oder im Gebirge sich erhebende offizielle Welt. In der Arbeiterbewegung nicht. Hier geht es seit einigen Monaten besonders lebhaft her. Eine lange, ununterbrochene Kette von stürmischen geschied. Kapital und Arbeit, Streiks, Ausperrungen, Ausperrungsmanövern und sonstigen Unfriedensarbeiten zieht sich dahin. Die Kämpfe sind hinsichtlich der allgemeinen Lebensmittelpreiserhöhung in diesem Sommer sehr heftig und selbst viele Verbände und an verschiedenen Orten eingeleitet. Eine detaillierte Lebensmitteleinstellung ist umfangreich werden, weshalb wir uns damit begnügen müssen, die wichtigsten Vorgänge zu bezeichnen. Da waren zunächst die Vorgänge in der Metallindustrie sehr beachtenswert. Der große in der Metallindustrie im Mai angedrohte Kampf, die Meistenauswertung, wonach zunächst 60 Proz. und dann alle Arbeiter ausgeperrt werden sollten, ist nicht zum Ausbruch gekommen. Man kann es von der Leitung des Metallarbeiterverbandes verstehen, wenn sie sich bemüht, einen Kampf zu vermeiden, bei dem schließlich 300.000 Mann in Frage gekommen wären. Die Ausperrung wurde durch Zurückziehung der Forderungen der Gewerkschaften in Braunschweig, Poeschlau, Dresden und Hannover betreffend Mindestlöhne und Verhandlung mit der Organisation verhindert, voraus von gewisser Seite wieder eine Währungsreform gefordert worden ist. Die isolierten Unternehmer hatten wieder einmal die Frage auf den Arbeitsmarkt zurückgeführt, was dem Metallarbeiterverbande natürlich fernlag und fernlegen hat und fernlegen haben muß, was keine 300.000 Metallarbeiter. Die Erklärung hat bisher gezeigt, daß solche Forderungen, um die es sich hier gehandelt hat, schließlich doch durchgesetzt werden, ohne daß sehr gewalttätige Zusammenstöße und, wie sie in diesem Falle deutlich hätten gebracht werden können. Wir glauben aber auch, daß dem Vorstände des Gesamtverbandes Deutsche Metallarbeiter gewisse Bedenken gekommen sein mochten, dafür steht wenigstens der Umstand, daß die ausserordentlich viele Metallarbeiter in verschiedenen Betrieben wurden. Der Tagelöhner und die Lohnen eines sehr gewaltigen Kampfes haben sich nämlich nicht immer mit Zuhilfenahme vorzubereiten. Wenn aber selbst der unmittelbare Ausbruch eines derartigen Kampfes von vornherein fernhalten sollte, so können keine Kosten doch sehr im erwarteten sein. Es kann sogar sein das Gegenteil von dem eintreten, was man sich von der Maßnahme verspricht. Die Gewerkschaften haben auch aus Bedenken für die Zukunft ihren Versuch zu geben verstanden. Das bewies u. a. auch der Praterverband auf seinem. Mitte Juli in sehr abgefallenen Verbandstage. Trotz großer Widerstände in der Verband um 3000 Mitglieder angeworben. Das große Anwachsen der Metallarbeiter in den deutschen Gewerkschaften dürfte bis zu einem gewissen Grade mit gefördert werden sein durch die Ausperrungssache, in welcher die Arbeiter kämpften und daß sie dann, wenn unorganisiert, keine Kraftsprache auf Unterstützung haben. Viele Arbeiter haben dabei im ersten Moment die Gewerkschaft als eine Behinderung gegen Ausperrung auf.

Zu sehen wir auch im Buchbinder- und Lithographenwerke große Kämpfe. In den großen Buchdrucker Berlin, Gera und Zittau haben seit Wochen gegen 700 Buchdrucker im Auslande bezw. sind angedroht. Die meisten einen allgemeinen Tarifvertrag des Unternehmens ab. Besondere hat der bekannte Schwarzdruckereiarbeiter Alexander Tille Mann gefordert gegen die Tarifverträge im allgemeinen und dem der Buchdrucker im Besonderen. Der Eifer dieses Mannes hat zwar schon von Unternehmern und Handelskammern eine kräftige Abwehrung erfahren, aber Tille findet auch öffentliche, und in ihnen gehören der Vorstand des Verbandes deutscher Buchbindermeister. Diese Unternehmern überlassen dem Buchbinderverbände schlafend, daß sie den Verband überhaupt nicht für geeignet halten zum Abschluß eines Tarifvertrages und weiter sagen sie: Wir erkennen Ihren Verband nicht mehr an. - Andere Metallarbeiter geben den Metallarbeitern Ihres Verbandes keine Stellung in ihrem Betriebe. So alle die kleineren Buchbindermeister. Sie werden natürlich mit ihren Schwarzdruckereiarbeitern nicht einverstanden sein. Die Unternehmern des Lithographenwesens hatten auch eine sogenannte Generalsuspension geplant, die aber nicht im ganzen Umfang perfekt geworden ist, trotzdem hier für die Gewerkschaft die Dinge nicht gerade sehr quälend lagen. Der gute Wille zur Verständigung der Gewerkschaft fehlte den Unternehmern gewiß nicht. Wir verweisen zur weiteren Information bezüglich der Lithographen auf den am Schluß dieser Betrachtung abgedruckten Aufsatz der Generalkommission. Bei den Buchbinder sowohl als auch bei den Lithographen zeigte sich wieder in jedem der nur sehr wenig, daß eine, in viele jahrelanger intensiver Arbeit aufgebaute Organisation nicht so ohne weiteres über den Haufen geworfen werden kann. Organisationen in Macht und seitdem die deutschen Gewerkschaften die erste Willen weit überschritten haben, kann es. Der rüchsigste Arbeiter täglich das Wort dieser

sozialen Macht verspüren. Eins verdient indessen noch eine besondere Behandlung, und zwar die Zerstückelungsversuche unter den Arbeitern selbst. Nach jahrelangen Bemühungen war es endlich gelungen, ähnlich wie vor drei Jahren im Garmischgebiet, so auch bei den Lithographen eine Einigung unter den bestehenden Organisationen herbeizuführen. Der Verband der Lithographen hatte mit dem Zersplitterungsverband und so war die Grundlage für eine große und lebensfähige Gewerkschaft geschaffen. Wie überlegen aus den Reihen des Zersplitterungsverbandes heraus Einzelvereine infiziert wurden, zeigt das naheliegender schon erwähnte Beispiel. Aber nicht genug damit, da bot sich mit dem Eifer in Nürnberg noch der Deutsche Lithographenverband, der gewissermaßen die „radikale“ Richtung unter den Lithographen verkörpert, weil, wie es manchmal die unklare, unklare Sonderausdeutung der Buchdrucker unter der Führung von Giesch und Wenzelstein, Parole ist: Strafe Stellungnahme gegen Tarifverträge. „Der Lithograph“, das Bundesorgan, also ein Arbeiterblatt, freut sich wie ein Schmetterling, daß der Zersplitterungsverband in der Schlinge liegt. Wir wissen nicht, ob es möglich gewesen wäre, auch hier eine Verständigung herbeizuführen oder die belagerten Zerstückelung von vornherein zu vermeiden. Auf alle Fälle schadet solche Sonderausdeutung die Aktionsfähigkeit der Arbeiter. Die meisten innerhalb der Arbeiterorganisationen überwiegen in diesen Zeitläuften besonders zu bestehen. Auch im Metallarbeiterverbande, Generalunionistische Berlin, haben solche Ideen mit sich gebracht. Dem Metallarbeiterverband in Berlin gehören jetzt wohl 60.000 Mitglieder an, eine stattliche Zahl. Da die Leitung einer solchen umfangreichen Verwaltungsgeschichte überwiegen, und in Berlin besonders schwierig ist, soll eine weitere gegeben werden. Wie andere Beispiele aus der Vergangenheit zeigen werden, hat sich ein Beispiel, der sich an dem Namen „Radikalismus“, in einem rechtlichen Zustand ausgewachsen und nicht nur allein zum Austritt einer ganzen Gruppe von etwa 500 Mitgliedern, aus dem Verbande, sondern auch zur Gründung eines neuen Verbandes geführt. Wesentlich bestimmt sein Verhalten damit, daß ihm und seiner Gruppe jedes Recht innerhalb des Verbandes abgesprochen werden wäre. Er sei mit seinen Zersplitterungen verzwängt werden. Ob das den Tatsachen entspricht oder nicht, läßt sich hier nicht entscheiden. Wir können hier nicht die Zeit und den unter aller Umständen und unabhängig der im Laufe der Jahre in der Gewerkschaftsbewegung erfolgten mannigfachen Zerstückelungen eintreten unter den die Frage bezeichnen: Ist auch alles von Seiten der leitenden Stellen in den Stammeorganisationen geschehen, um der Zerstückelung vorzubeugen?

Wenn fundamentale Nachteile in den Stammeorganisationen zu vermeiden wären, so wäre es doch sehr bedauerlich, wenn auch nicht empfehlenswert, es ist auf alle Fälle im Deutschen Arbeiter zu vermeiden, daß wie nicht eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung zu haben. Die einheitlichen, die durch Zerstückelungen, die sogenannten Zerstückelungen und was sonst noch Besondere herbeizuführen, bilden nicht nur für die neuen Gewerkschaften ein Hindernis, sondern untereinander und gegeneinander werden Gemeinsamkeit auszuweisen. Was die „Radikalen“, die sich um die „Einigkeit“ kümmern, anstreift, so dürfte man sie eigentlich nicht mehr zu nennen. Denn die ursprünglichen Unternehmerngemeinmale, die sie von den zerstückelungen Gewerkschaften trennen, haben sich im Laufe der Jahre so ziemlich vermindert. In der „Arbeitervereinigung der Gewerkschaften“ gibt es ebenfalls Zentralisation wie bei uns. Nach festangestellte und besoldete Beamte zum es da. Das wurde früher bei dieser Richtung konzentriert verteilt, d. h. es wurde als Freimaurerloge angeordnet. Die heißt nun nicht mehr, Was ist nun der Nutzen? Die „Einigkeit“ können nennen sich nun im Gegensatz zu den der Generalkommission angeschlossen Organisationen „sozialrevolutionäre“. Warum sollen sie nicht das Recht haben, eine besonders selbst ausgeprägte sozialistische Richtung zu vertreten, wenn schon einmal sozialdemokratische, „sozialistische“ (des Herrschafts), Ideale und orientierte Politik in den unterirdischen Verbänden betrieben wird? Wenn man keine neutralen Gewerkschaften haben will, gut, dann darf man sich auch gar nicht wundern, wenn in der nächsten Zeit die nunmehr „sozialrevolutionäre Richtung“ anstatt zu verschwinden, noch einen größeren Umfang annimmt und damit die allgemeine Zerstückelung dieser Richtung erhält. Die „Einigkeit“ können sollten sich ihrer Sonderorganisation wegen durchaus nicht im Sozialdemokraten weiter geben. Sie werden von vielen, sehr vielen Berliner Parteigenossen auch gewiß nicht als solche eingeschätzt. Wenn man einmal politisch „radikal“ in „sozialdemokratischer“ Lage ist, so läßt sich nun einmal nicht das Maul verhalten, und, soweit gefundene Weltanschauung und praktische Erfahrung dem Radikalismus vorausgehen, so bildet dieses Element in der Bewegung entgegengekommen ein gesundes Element. In die praktische Entwicklung, das ist so eine böse Sache, die nicht dem ganzen „Radikalismus“ mitunter das Gesicht. Wir haben das Wort „Radikalismus“ schon in verschiedenen Fällen und haben dann angedeutet, daß es für uns mehrere Zotten von Radikalismus gibt: Radikalismus, dann die aus der Anarchistenbewegung hervorgehende und die wirklich auf der Erregung eines be-

stimmten Zieles gerichtet und wohlüberlegte Tat. Wer will aber mit den sozialrevolutionären Einzelstreikern schließlich noch einen Vorwurf machen, wenn sie einen weiteren Besonderen Erkennungsstich für ihre Richtung gezogen haben; den Generalstreik? Den Generalstreik, der auf dem Gewerkschaftskongress, zu Köln und auf dem Parteitag zu Jena eine so verschiedenartige Behandlung erfahren hat und der seitdem von unseren sozialistischen Kommunisten schon ernsthaft praktiziert werden sollte? „Kleiner Sand, linker Sand, alles verstaubt...“ „Apropos! Den „Einigkeit“ Organisations in Westfalen so nebenher eine gewisse historische Berechtigung in Westfalen Parteistellen zueinbringen worden, gelegentlich des Westfälischen Speltatels. Historische Berechtigung? Um... doch lassen wir das einstweilen, weiter unten hat auch die „Metallarbeiter Zeitung“ das Wort. Es ist insofern behauptet worden, daß die sozialdemokratische Partei die Abspaltung in den Gewerkschaften billige oder sie stillschweigend übergehe. Das ist im Fall Westfalen nicht richtig. Man darf sich freuen, konstatieren zu können, daß der „Vorwärts“ sowohl als auch die meisten Parteimitglieder Westfalen sich frühzeitig und mit aller Entschiedenheit dieser Abspaltung verweigerten. Wir hatten die Abspaltungssage und alles Drum und Dran für wichtig genug, um noch ein wenig dabei zu verweilen. Der „Vorwärts“ hatte u. a. bemerkt: „Aber hat leider der Verband nichts getan, um der Abspaltung vorzubeugen, Vermittlungen wurden zurückgewiesen und bereitwillig. Dadurch ist gewissermaßen erleichtert worden, mit der man rechnete wie mit einer unabweisbaren Tatsache. Die Frage ist wohl berechtigt: „Wie ist so etwas möglich?“ Darauf antwortete die „Metallarbeiter Zeitung“: „Man darf vom „Vorwärts“ doch wohl voraussetzen, daß er die Einrichtungen unseres Verbandes kennt. Um so verwunderlicher ist sein Vorwurf, daß der Verband nichts getan habe, der Abspaltung vorzubeugen usw. Wie werden denn in der sozialdemokratischen Partei Differenzen entschieden? Werden sie durch „Vermittlung“ erledigt, oder der Kampfsweg erledigt ist? — Was aber die von uns durch Zerrdruck hervorgerufene Frage betrifft, so leidet diese an dem Fehler, daß sie falsch gestellt ist, sie muß lauten: „Warum ist so etwas gerade in Westfalen möglich?“ Das ist nun möglich, weil bisher vom „Vorwärts“ und von der sozialdemokratischen Partei in Westfalen gegenüber den diversen Sonderorganisationen keine direkte Stellung eingenommen wurde! Die sogenannten Vorkomitees, die sich als die „ältesten echten“ Sozialdemokraten anzusehen liebten, sind ja förmlich verbotshafte worden. Mein Wunder, wenn danach auch andere Arbeiter auf den Gedanken kommen, daß, was den Vater und Genossen recht sei, ihnen billig sein müsse.“ Um noch einmal auf die „Einigkeit“, die auch uns in ihr Herz geschlossen zu haben scheint, wegen einer gelegentlichen nicht gerade im Salon angebrachten Vereinfachung (Die „Einigkeit“ legt doch auf den Salon kein so erhebliches Gewicht, nicht wahr?) als Antwort auf einen ihrer Artikel, der von sehr mangelhafter Information zeugte, möchten wir bemerken, daß die „Einigkeit“ augenblicklich ein vorgeht. Sie hat nämlich das Protokoll der letzten Konferenz der Zentralvorstände, sowie es die Verhandlungen der Generalkommission mit der Parteileitung betrifft, wiedergegeben, und da mit weite Kreise für einen Moment verblüfft. — Auf die Sache selbst laßt sich hier noch nicht eingehen, weil noch bestimmte Erklärungen in Aussicht gestellt sind. Nur soviel sei bemerkt, daß das benutzte Protokoll nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war. Das macht bei der „Einigkeit“ nicht viel, sie tut sogar scheinlich unbeduldisch, so ungeschick wie die Meise vom Lande. Im übrigen möchte sie mir gerufen haben: „Nicht acht auf eure Konfusion, ihr deutschen Arbeiter, unsere Prinzipien und das Fundament der Bewegung ist wieder einmal von uns Wadlern gerettet. Der Generalstreik wird öffentlich propagiert, geheim aber nennt. Die Erklärungen des Parteivorstandes und der Generalkommission mögen nun ausfallen wie sie wollen, soweit nicht aber sein: eine verantwortliche Partei sein immer anders aus wie eine unverantwortliche, die sich nur in Versammlungen und Zeitungen austoben kann. Die Arbeiter werden immer schlecht beraten sein, wenn gründliche Kenntnis der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse und die reiche Erfahrung aus Paris und Westfalen einfach als Tausch angesehen werden. Da bist kein Gelehrter über Verfeinerer, Diplomat und parlamentarische Geschwätzer. Man kann nun einmal nicht mit dem Kopf durch die Wand, und wenn ein wirtschaftlicher Sozialrevolutionär, dem es nicht auf die Phrase, sondern auf die wirkliche und Partei bringende Tat ankommt, das ernstet, werden ihm die proletarischen Kopfe dafür zu schade sein.“

Dann wäre noch ein Moment zu erwähnen, der — es betrifft wieder die Berliner Verwaltungsgasse des Metallarbeiterverbandes — zwischen dieser und dem Parteivorstand steht. Dieser Moment tritt nicht von der linken Kammer her, und ob er lediglich auf die Unverantwortlichkeit einer Partei in der Parteiverwaltung des Metallarbeiterverbandes, wie auf der einen Seite behauptet wird, oder auf die Einmischung zwei verschiedener Parteien Partei und Gewerkschaft auf die Durchführung der Kammer zurückzuführen ist, wird noch angeklart werden. Wenn die sozialdemokratischen Parteitage sich für die Arbeitsruhe am 1. Mai entschieden ins Jena legen, so ist es ganz klar, daß dies nicht nur in platonischer Be-

ziehung gemeint sein kann. Um die Arbeitsruhe am 1. Mai werden noch manche Kämpfe zu führen sein, und die letzten bekanntlich nicht wenig Geld. Die Gewerkschaften sagen — und nicht ohne Berechtigung —: Wenn die Partei so entscheidendes Gewicht auf die Arbeitsruhe legt, so soll sie auch zu den Stellen mit Beziehungen werden, und auch diesen Teil der Aufgabe mit den Gewerkschaften gemeinschaftlich ausführen.

Zuletzt war ein Streit darüber ausgebrochen, ob die Genossen, welche den 1. Mai nicht durch Arbeitsruhe begangen, auszufüllen seien. Nach Erledigung dieser Frage kam die Unterstützung. Coblen der Leiter der Berliner Metallarbeiter, ließ sich in der Sache recht sinig vernehmen: Die 80.000 M., die den Mannschaften von der Partei gewährt wurden, seien durchaus nicht so „ohne weiteres“ und „stillschweigend“ herausgegeben worden. Bis zum 11. Mai waren überhaupt noch keine Gelder von der Partei eingegangen. Da aber bereits in der Presse stand, daß die Partei Geld geben wolle, so wurden die Ausgesprochen eben ungeduldig und verlangten nun auch endlich den Trakt. Da gab es denn die ersten 10.000 M., wobei aber gleich gesagt wurde, daß man sich „einrichten“ möge! Die zweite Rate von 30.000 M. hat man aber „erst nach einigen stimmungsguten“ erhalten. Damit sollte Schluss sein. Schließlich habe man noch 10.000 M. als letzte Rate losgemacht, und damit war die Herrlichkeit zu Ende. Also nicht 100.000 M., wie anfänglich in Aussicht gestellt, habe die Partei „bereitwillig“ und „stillschweigend“ gegeben, sondern nur 80.000 M., und die auch erst nach verschiedenen hin und her.“

Der Parteivorstand gab hierzu folgende Erklärung: „Mehreren Anregungen folgend, wollen wir hierzu erklären, daß wir für die Berliner Mannschaften bisher eine Unterstützung im Betrage von 90.000 M. bewilligt haben. Die Rechnung Coblen stimmt deshalb nicht mit der unsrigen überein, weil nicht mit der „Losgemachter“ dritten Rate „die Herrlichkeit zu Ende“ war, sondern von uns anstandslos auch noch eine vierte Rate im Betrage von 10.000 M. bewilligt und bereits am 15. Juni dem Genossen Westfalen ausbezahlt wurde.“

Der Genosse Westfalen, mit dem wir alle diesbezüglichen Verhandlungen geführt haben, hat uns auf Anfrage auch bestätigt, daß keine Anträge von uns statt erledigt wurden, so daß durchaus nicht behauptet werden kann, das Geld sei „erst nach einigen stimmungsguten“ oder „erst nach verschiedenen hin und her“ gegeben worden.

Vor dem 11. Mai konnten wir schon deshalb keine Gelder abführen, weil erst am 11. Mai durch Schreiben der Parteiverwaltung des Metallarbeiterverbandes der erste Unterstützungsantrag bei uns einlief. Vielleicht kann sich auch der Genosse Coblen dessen noch erinnern; denn das Schreiben trägt seine eigene Unterschrift.“

Wir wollen es für heute unterlassen, aus diesen Konflikten einen Schluss zu ziehen. Die nächsten Tage werden wohl noch einige bedeutende Beiträge zu den Kapiteln, „Kaiserzeit, Kaiserzeit, Partei und Gewerkschaften“ liefern. Eine weitere Polemik die diesen Dingen zum Teil entzogen, wurde noch gepflogen zwischen dem „Zimmerer“ und dem „Vorwärts“.

Wie gesagt, es wird in den nächsten Wochen sehr lebhaft hergehen und wir möchten bedauern, daß angesichts der kommenden Dinge unser Mainzer Verbandstag zu diesen wichtigen Streitfragen nicht auch Stellung genommen hat. Daß die deutschen Gewerkschaften zuweilen noch von der „hohen Obrigkeit“ gezwungen werden, hatte unlängst die Polizei in Jordan bewiesen, die da plante, die streikenden Maurer an den Versammlungen verbindlich zu zwingen. Die Polizei ist, da die Maurer sich das nicht gefallen ließen, scheinlich reingefallen.

Auf die Gewerkschaften ist bei Führung der Lohnbewegungen ein Umstand sehr wesentlich geworden, nämlich der Erfolg ohne direkten Kampf. Diese Erfolge können natürlich nur bei sehr guter Organisation gedeihen.

Die Dresdener Vorkämpfer haben ohne Kampf, aber gestützt auf ihre starke Organisation den Unternehmern wichtige Augenblicke abgetrieben. In den Wienerien haben sie die 12stündige Arbeitszeit, eine Erhöhung des Stundenlohnes, Freigabe des 1. Mai und auf Verlangen Paritätsschlichtung anstatt des üblichen Arbitrages, Zuschläge für Abendstunden und Ferien von drei bis fünf Tagen erzwungen. Der Vorkämpfer Zwangsverein haben die Arbeiter eine wesentliche Lohnerhöhung und den schrittweisen Arbeitsstag abgetrieben. Auch die Kaskabanten haben in den eingeleiteten Verhandlungen bereits wichtige Augenblicke gemacht.

Bezüglich der Arbeitszeitveränderung liegen mehrere erfreuliche Nachrichten vor. So haben die Leipziger Textilarbeiter nach abschließenden Bemühungen den Verhandlungstag endlich erreicht. Auch ohne Streit, auf dem Verhandlungsweg. Allerdings sind die Leipziger Textilarbeiter jetzt besser organisiert als 1900, damals wurde diese Forderung glatt abgewiesen.

In der Schweiz, in der Neuchâtel und in der Vorarlberg. In den Kantonen und Gipsen haben nun auch die Tapezierer in Zürich den Verhandlungstag erzwungen, ebenso am Teil der Zimmerer, während etwa 100 Textilarbeiter noch im Kampf stehen. Weiter haben in Zürich den Verhandlungstag die Buchdrucker am der Gesundheitsrat die 8stündige Arbeitszeit, die Arbeiter, Steinbauer und Schreiner. Auch in St. Gallen haben dieses Jahr schon

die Tapezierer den Neunstundenlag errungen. — Nun hat auch die Gottbardbahn den Neunstundenlag in ihren Werkstätten eingeführt und müßte die Bundesbahnen, die von dem radikalcapitalistischen Mangel beherrscht werden und die noch immer den Zehnstundenlag haben, in aller Kürze nachfolgen.

Sehr stark drangaliert wird von den Verwaltungen noch der Eisenbahnerverband. In Preußen und Sachsen ist die Koalition der Eisenbahner durch die Verwaltungen noch immer „verboten“. Auf dem kürzlich stattgehabten 6. Verbandstage des Eisenbahnerverbandes stellte Wirth Treuden fest, daß die Eisenbahnerverwaltung sich nicht allein damit begnügt, die verhassten Verbändler aus dem Dienst zu entfernen; sie verfolgt diese mit einer Rücksichtslosigkeit, die geradezu gegen die guten Sitten verstößt. Wirth konnte nachweisen, daß die Verträge mit Montsumbereinen wegen Gleisanschlusses eine Klausel enthielten, nach welcher der betreffende Verein sich verpflichten mußte, keine gemauerten Eisenbahner in seinem Betrieb aufzunehmen resp. wenn welche beschäftigt waren, solche zu entlassen. Unter den Anwesenden machte sich die lebhafteste Entrüstung bemerkbar nach dieser Entkultung. Merkwürdigerweise sollen einige Genossenschaften diese Klausel anerkannt haben.

Nach einem weiteren Beschlusse des Verbandstages soll eine Verschmelzung mit dem süddeutschen Eisenbahnerverbande angebahnt werden.

Ähnlich wie die Eisenbahnerverwaltung geht auch die Staatsbahnverwaltung in Hamburg vor. Der Norddirektor Winter ist nämlich ehemaliger preussischer Eisenbahndirektor. Den Mitarbeitern wurde neulich bei Strafe der Entlassung verboten, sich dem Gasenarbeiterverbande anzuschließen. Tatsächlich wurde ein Frauensmann des Gasenarbeiterverbandes infolgedessen entlassen. Die Sache wird jedenfalls wohl noch weiter verfolgt werden. Das Wackeltum in den deutschen Gewerkschaften wird auch durch die Auf-  
lageziffern der Verbandsorgane illustriert. Bereits in Nr. 23 wiesen wir auf die Auflagen des „Vauhilfsarbeiter“ und „Gasenarbeiter“ hin. Wir möchten dem heute hinzufügen, daß der „Proletarier“, das Organ des Fabrikarbeiterverbandes, in einer Auflage von über 100 000 erscheint, die „Metallarbeiter Zeitung“ ca. 320 000, die „Brauereizeitung“ über 30 000, der „Textilarbeiter“ 85 000 und der „Grundstein“, Organ des Maurerverbandes, jetzt die 200 000 erreicht hat.

Der Gutenberghund, der bisher gelb war, ist schwarz geworden durch Anschlag an die „Christlichen“. Der „Gutenberghund“ ist eine Vereinigung, die nach dem Neunstundenkampfe der Buchdrucker im Jahre 1891/92 sich zusammenschloß, um gemeinsam mit dem Unternehmertum den Verband der deutschen Buchdrucker zu vernichten. In welcher Weise ihm dies gelungen ist, geht aus folgendem hervor: Der Verband zählt jetzt 46 000 Mitglieder, der Gutenberghund 2700. Die Leiter und Vorsitzender dieser „Organisation“ sind Leute, die während des Neunstundenkampfes ihre Plätze nicht verließen oder die Plätze der Kampfenben strukellos eingenommen haben. Einige der Herren sind Kalköre (Werkmeister), welche ihr Personal als gefügige Truppen in Händen haben. So in Berlin wie außerhalb. Seit Jahren suchen die „Pünktler“ mit den „Christlichen“ Ähnlung, und da maßgebende Personen des Bundes an leitender Stelle in sogenannten christlichen Geschäften tätig sind Vaterländische Verlagsanstalt, „Das Reich“ (Stöcker), „Sonntagsblatt“ (Dreuderei ehemals Pastor Hüller) und andere mehr), so bedarf der Anschlag an die christlichen Gewerkschaften weiter keiner besonderen Erklärung. In der am 12. Juni er. stattgehabten Bundesversammlung kam es betreffs des Anschlusses an die „Christlichen“ noch zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Leitern und den Mitgliedern. Die Versammlung protektierte gegen einen solchen Beschluß und beantragte Abstimmung. Der Vorstand mußte wohl oder übel in den launen Apfel beßen und eine Abstimmung vornehmen lassen. Diefelbe ergab denn auch unter dem „sanften Druck“ der Herren Vorgesetzten ein für den Anschlag günstiges Resultat: 520 Stimmen dafür und 227 Stimmen dagegen. Das Ergebnis ist nicht weiter überraschend, denn der Referent konnte ohne nennenswerten Widerstand aus der Versammlung erklären: „Wir müssen einen Rückhalt haben in den Kämpfen, — gegen die freien Gewerkschaften.“

**An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands.**

Der Zensfelder Bund (Verband der Lithographen und Steindrucker) ist durch ein in der Arbeiterbewegung unerhörtes Verkommen gezwungen worden, zur Unterstützung der ausgepörrten Lithographen und Steindrucker die Hilfe der gesamten organisierten Arbeiterschaft in Anspruch zu nehmen. Ausgepörrt sind rund 3000 Lithographen und Steindrucker und rund 800 befinden sich im Streik. Die in Arbeit befindlichen Verbandmitglieder verpflichten sich, je nach der Höhe ihres Wochenverdienstes 1 — 3 Mk. freiwilligen Beitrag von Woche für die Dauer der Aussperrung zu leisten. Unter diesen Umständen hätte der finanziell gut fundierte Verband viele Wochen hindurch den ihr aufzueingewungenen Kampf führen können, ohne fremde Hilfe zu bedürfen.

Da erheben die Unternehmer Hilfe aus Arbeiterkreisen. Von 31 Mitgliedern des Zensfelder Bundes ist im Auftrage von 100 weiteren Mitgliedern, die nach der Verschmelzung des Zensfelder Bundes mit dem Verband der Lithographen und Steindrucker die Ver-

träge für die Gewerkschaftskasse nicht zahlen, sich jedoch durch die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft im Bund das Recht an den Unterstützungen sichern wollten, Mlage auf Unqualitätsenerklärung der Statutenbestimmungen des Verbandes erhoben, welche sie zur Zahlung der Beiträge für die Gewerkschaftskasse verpflichten. Die Mlage wurde von dem Landgericht in Frankfurt a. M. teilweise zugunsten der Mläger entschieden. Damit aber nicht genug. Die Mlageführenden „Kollegen“ beantragten dann weiter bei dem Landgericht die Verschlagnahme des gesamten Vermögens des Verbandes, und das Landgericht hat durch Verfügungsbeschlusse vom 1. Juni d. J. nicht nur das für Unterstützungszwecke reservierte, sondern das Gesamtvermögen des Verbandes festgesetzt und dem Verbandesverband bei hoher Strafe jede amtliche Handlung untersagt.

Der Antrag, der hier gegen die Examinations gefahrt wurde, erfolgte zu gelegener Zeit; denn am 2. Juni begannen die Unternehmer mit der Aussperrung und sie gaben sich sicher der Hoffnung hin, daß nunmehr die Widerstandskraft des Verbandes gebrochen sei.

Diese Hoffnung soll zu scheitern werden. Die Leitung der Aussperrung ist einer von den Berliner Lithographen und Steindruckern eingesetzten Kommission übertragen und es ist auch Vorfrage getroffen, daß den Ausgepörrten die Unterstützung vorläufig fortlaufend gezahlt werden kann.

In diesem Falle aber ist es Pflicht der gesamten Arbeiterschaft, finanziell helfend einzugreifen und hat die Generalkommission auf Antrag des Verbandesvorstandes und nach Zustimmung der Vorstände der Zentralverbände beschlossen, gemäß den Beschlüssen des mölner Gewerkschaftskongresses eine Sammlung für die Ausgepörrten anzuschließen.

Wir richten an die Gewerkschaftskasselle das Ersuchen, sofort die Sammlung einzuleiten und erwarten von der eramaunerten Arbeiterschaft, daß sie den Ausgepörrten die Hilfe nicht verweigern wird.

Die Unterstützungsbeträge sind gemäß den in Köln getroffenen Bestimmungen nicht an die im Stampe befindliche Kassaation, sondern an die Generalkommission zu senden und bitten wir für die Sendung folgende Adresse zu benutzen: S. Kude, Engel Ufer 15, Berlin SO. 16.

Ueber die eingehenden Beträge wird im „Correspondenzblatt“ amtlich. Besondere Leistungen werden den Einsendern nicht zugestelt.

Mit Gruß

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.  
E. Legien.

Die Resolution 59 des Kölner Gewerkschaftskongresses sei unseren Lesern hiermit in Erinnerung gebracht, damit sie ihren Zweck nicht verfehlt. — Sie lautet: „Der fünfte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands erklärt: Da die Agitation unter den Parbier- und Arbeiterchulken infolge der rückständigen Verfassung des fraglichen Gewerkes außerordentlich erschwert ist, und der Parbier-Jamungsband einen „vorzähligen Erlennungsdiem“ unterhält, um den Gehulken die Ausübung des Koalitionsrechts zu verlagern, ist es notwendig, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter jede sich ihnen als Munden der Parbier- und Arbeiterchulke bietende Gelegenheit zur Aufklärung der Gehulken benutzen und notigenfalls ihren Einfluß geltend machen, um die Gehulkeinhaber zu be- wegen, das Koalitionsrecht anzuerkennen.“ Anträgen und Materialbestellungen sind zu richten an J. Eckorn, Hamburg 19, Sternstraße 166.

**Allerlei aus Straßburg.**

Wenn die Dummheit keinen Ausweg findet, um sich selbst zu helfen, ruft sie eine ihrer Verwandten, die Gemeinheit, zur Hilfe. Das haben wir in den letzten Tagen hier erfahren müssen. Cines jener Elemente, die sich um jeden Preis ein rotes Nöckchen verdienen möchten weil ihre leinigen Fähigkeiten hierzu nicht ausreichen, hat nämlich einen Zenselbrief an das Bürgermeisterrat gerichtet, worin er sich bitter beklagt, daß die Organisation der Gemeindegewerkschaften nicht mehr aushalten könnten. Schrecklich! Ferner seien die Unterstützungen, die der Arbeiter Anschlag des Stadtbauamts veränderten Arbeitern zugebrochen, höchst ungerecht, da die Empfänger junge, starke Männer seien. Noch schrecklicher! Ich sehe des Schwerverführers festes Mopsgeflcht jetzt schon vor Vergnügen glänzen beim Anblick dieser Zeilen, über den Berger, den er uns verurteilt. Immer langsam, mein Allerwertester! Ueber Leute Deines Schlages argert man sich nicht, für die haben wir viel Verachtung. Ich glaube, wir gehen nicht fehl, wenn wir annehmen, daß es dieselbe trübe Luette ist, aus welcher voriges Jahr Herr Dr. Bürgerbaum geschöpft hat. Bezeichnend für den Charakter des Schwerverführers ist, daß er nicht einmal den Mut hatte, sein Geschrei mit seinem Namen zu deden. Ach wo! Anonym. Das ist üblicher. Wir kennen Dich doch. Uebrigens ist es ja angeborenes Talent der Aristokraten, den Gegner mit den schmutzigsten Mitteln zu bekämpfen. Die Beweise für seine Behauptungen ist der Schwerverführer schuldig geblieben. Mühen jedenfalls noch künstlich fabriziert werden. Wir empfehlen ihm aufs angelegentlichste München-Grabbach, dort existiert eine

Spezialfabrik für derartige Artikel. Auch könnte eine mehrwöchentliche Kure in Stephansfeld von Erfolg begleitet sein. Dort werden in ausgeglichene Gehirne wieder zurückgeschmelt. Es ist uns unergreiflich, wieso ihm Gewalt angetan wurde, denn bereits vor Jahresfrist haben sämtliche Sektionsklassierer die Anweisung erhalten, dem Nachfolgenden die Aufnahme in den Verband zu verweigern. Wir können bloß Männer unter uns gebrauchen, keine Wachsaffen. Betreffs der Unterlüftung vom Arbeiter Austausch (alter Schatz, es ärgert dich wohl, daß es den 111 Freiorganisierten gelungen ist, sechs von den sieben Eizen zu erobern?) führte er an, daß die Empfänger junge, starke Männer seien. Und die Herde Kinder, die jeder von ihnen zu füttern hat, soll er die totschlagen? Daß es selbst mit den jetzigen Löhnen noch nicht möglich ist, 5 6 7 Kinder richtig durchzuführen, unterliegt doch wohl keinem Zweifel, gerade jetzt, wo die Preise für Lebensmittel, Hausmiete usw. unheimlich steigen. Natürlich, wer, wie Du, das Schmarotzen verachtet, weiß sich sonst zu helfen. Aber das merke Dir: Die Arbeiterbewegung benimmt Du und tausende Deiner Sorte in ihrem Siegeslaufe nicht. Daß wir mit Dir nicht besonders gut Freund sind, versteht sich am Rande, denn, wer, um seine Mitarbeiter zu schädigen, das Bürgermeisterrat absichtlich belügt, ist auch sonst kein respektabler Kerl. Den übrigen Kollegen aber wiederhole ich, was ich schon duzendmal gesagt habe: Nur eine geschlossene, zielbewusste, in einer Organisation vereinigte Arbeiterschaft hat Aussicht auf Erfolg im Kampfe um eine menschenwürdige Existenz.

In der Sitzung des Arbeiterausschusses für das Bauamt vom 8. Mai haben die Arbeiter der Straßenreinigung durch ihren Vertreter eine Viertelstunde Pause verlangt im Frühdienst (4-8 Uhr). Der Antrag scheiterte an dem Widerstand des Bauamts. Eine eventuelle Kontrolle wäre nicht möglich. Wir sind anderer Ansicht. So gut das in anderen Betrieben geht, geht das auch bei der Straßenreinigung. Gerade diese Leute haben in der Zeit von 4-8 Uhr das schwerste Stück ihres Tagespensums zu erledigen, und es wäre eine Pause hier sehr am Platze gewesen. Das Bauamt will nun dadurch bessern, daß der Arbeitsbeginn auf 5 Uhr festgelegt wird. Uns kann das recht sein, ob aber die Stadtverwaltung dabei gut fährt, ist eine noch ungelöste Frage. Die Frühdienstpause von 8 9 Uhr dürfte bloß dieser Regelung nicht zum Opfer fallen, denn für den Straßenreiner ist diese Pause unentbehrlich.

Die Vorarbeiten des Würtiger Aufsehers Maier haben es einem Straßburger angetan. Daß derselbe schon in seinem früheren Dienstverhältnis (Schupmannschaft) bei seinen Kameraden nicht sehr beliebt war wegen seines — na, sagen wir unamerabshastlichen Verhaltens — ist männiglich bekannt. Er versteht es aber meisterhaft, sich bei der Arbeiterschaft beliebt zu machen. Daß dies keine guten Folgen zeitigen kann, ist klar. Die Straßburger „Städtischen“ haben eine große Geduld, haben es schon oft bewiesen, ist sie aber zu Ende, dann muß eben der schuldige Teil die Konsequenzen ziehen.

Hier im Gaswerk fängt's an zu dümmern. War aber auch höchste Zeit. Hier ging's mitunter schauderhaft zu. Wenn sich das in letzter Zeit etwas gebessert hat, so ist das nur dem entschlossenen Auftreten der Arbeiter zu verdanken. Wenn auch die Direktion den Arbeitern das Koalitionsrecht verlesen möchte, so wird's hoffentlich beim letzten Versuch bleiben. In einer Versammlung der letzten Zeit erschien nämlich die Hochwohlblütige und einige, die es im Gaswerk „zu etwas gebracht haben“ und besorgten verchiedenen Arbeitern Protokolle, Arbeiterfürsorge! Fernere Versammlungen dürfen von den Gasarbeitern nicht besucht werden, so will's die Direktion. Wollen ja sehen. Scheint doch, daß die Organisation der Direktion einen Schred eingejagt hat, sonst wäre sie nicht gleich mit einer Lohnerhöhung herangekracht. Gasarbeiter! Noch sind wir nicht am Ziel. Noch sind die Zustände im Gaswerk mitleid, wehrt Euch Eurer Gant! Organisiert Euch! Dann könnt Ihr endlich einmal sagen: Bis hierher und nicht weiter!

Der Bürgermeister der Stadt Straßburg, Herr Vad, hat in der letzten Gemeinderatsitzung erklärt, daß er bis zum Herbst dieses Jahres von seinem Amt zurücktreten werde. Es ist nun unbestreitbar, daß Herr Vad in der langen Arbeitszeit (ca. 25-30 Jahre) viel dazu beigetragen hat, um die Stadt Straßburg auf die Höhe zu bringen, auf der sie jetzt steht. Und wenn wir immer die richtigen Leute auf dem Rathaus gehabt hätten, wäre die Sache unabweislich noch besser. Voriges Jahr bewilligte der Gemeinderat (oder besser gesagt: die sozialdemokratische Fraktion und noch einige andere) eine Million Mark zur Abmiegulierung. Das Palloß! Den Sozialdemokraten wurde vorgeworfen, daß sie diese Million nur deshalb bewilligt hätten, um ihren Tauf für die Regelung der Verhältnisse der städtischen Arbeiter zu bekunden. Ja, diese Regelung, die eigentlich schon fünf Jahre früher hätte kommen müssen, liegt verchiedenen Leuten schwer im Magen. Na, endlich ist sie ja da. Auch sonst konnte man verpöhen, daß in der Prandgasse ein anderer Kurs eingeschlagen wurde. Verchiedene Male wurde der Bürgermeister als Zwickmischer angerufen in Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern. Und man muß sagen, er hat sein möglichstes getan, um auch den Arbeitern entgegenzukommen. Bei den städtischen Arbeitern aber ist ihm ein dauernd gutes Andenken gesichert durch die Regelung ihrer Verhältnisse. Hoffen wir, daß sein Nachfolger nicht weniger arbeiterfreundlich ist.

Straßburg, im Juni 1906.

A. R.

### Aus unserer Bewegung.

**Rant-Wilhelmsbaven.** Versammlung am 19. Juni im Gewerkschaftshaus Friedrichshof. Genosse Golle sprach über die Notwendigkeit der Organisation der städtischen Arbeiter. Redner kritisierte die allgemeine Lage der Gemeindef- und Staatsarbeiter und wies ebenfalls auf die dringende Notwendigkeit der Organisation hin, führte den Kollegen die Unternehmervverbände vor Augen, das Verhalten der Behörden, und endigte mit den Worten: Ohne Organisation keine Macht, ohne Macht keine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen! (Beifall.) Mehrere staatliche Arbeiter schlossen sich unserem Verbands an, hoffentlich werden auch die uns noch fernstehenden sich bald klar werden und einsehen, daß nur die geschlossene Klasse der Arbeiter etwas erreichen kann. Darum, Kollegen, hinein in die Organisation!

**Harmen.** Am 16. Juni fand unsere Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Wegfahrt über die Gasarbeiterfensierung und Kollege Schäfer-Möhl über den Verbandstag Bericht erstatteten. Außer einigen kleinen Ausständen erklärte man sich mit den dortselbst gefassten Beschlüssen einverstanden.

**Berlin.** Zu dem Bericht über die Generalversammlung vom 20. Juni in voriger Nummer ist noch nachzutragen, daß der Älialvorstand um zwei Mitglieder vermehrt worden ist. Im Sinne dieser Ergänzung und als Ersatz für die in den Verbandsvorstand über-tretenden Kollegen Maschuh und Krenzlow wurden gewählt: Puch, Pallenstirn, Szalwidi und Otto Niedel. — Die zweite außerordentliche Generalversammlung — die Fortsetzung derjenigen vom 20. Juni — fand am 27. Juni statt. Kollege Wughy berichtete über den Verbandstag in Mainz. Er besprach alle wichtigen Entscheidungslösungen und Maßnahmen desselben und entwarf von den dortigen Beratungen ein anschauliches Stimmungsbild. An die mit einer Aufforderung an die Mitglieder, dem in Mainz zum Ausdruck gekommenen Ochwantwollen der deutschen Kollegenfenschaft Rechnung zu tragen und dafür energisch zu agitieren, schließenden Ausführungen des Referenten knüpfte sich eine lebhafte Debatte. Nach derselben fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die am 27. Juni im Trüffelstein Saale versammelten Mitglieder der Älial Berlin haben mit Genehmigung von dem Bericht über die Verhandlungen des Verbandstages Kenntnis genommen.

Die Versammelten erklären sich mit den Arbeiten desselben durchaus einverstanden und erwarten, daß alle Kollegen sich mit Energie bemühen werden, den getroffenen Maßnahmen und gefassten Beschlüssen zur uneingeschränkten Durchführung zu verhelfen.“

**Berlin II. (Ranalisation.)** In der am 23. Juni stattgefundenen Sektionsversammlung referierte Kollege Edabel über die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse und erwähnte, daß im Betriebe der städtischen Mieselfelder ein Kollege, der 28 Jahre im Dienste der Stadt angestellt war, entlassen wurde, weil er angeblich Flugblätter nach einem anderen Mevier gebracht haben soll. Des Weiteren gab der Kollege Zug den Bericht über den Verbandstag in Mainz und erläuterte einige Punkte. Sodann sprach der Verfügende Kollege Reich seine Anerkennung aus über die Tätigkeit der Vertrauensleute von der Pauerwaltung. Nach einer Mahnung zur Organisation wurde die Versammlung geschlossen.

**Breslau.** Die Stellungnahme der Breslauer Kollegen zu den Beschlüssen des Verbandstages. Zu den am schlechtesten gestellten Kollegen des Reiches gehören ohne Frage die Breslauer. Sowohl bezüglich des Lohnes, der Arbeitszeit und der Behandlung. Es war deshalb für die Breslauer Delegierten nicht leicht, auf dem Verbandstage für die Erhöhung des Beitrages zu stimmen, da diese Erhöhung für Breslau noch mehr bedeutet, als für die übrigen Kollegen im Reiche. Die Breslauer Äliale hat sich eine ganze Anzahl sozialer Unterstüßungseinrichtungen gebildet, die unbedingt aufrecht erhalten werden müssen, wenn die Mitgliedschaft in Breslau nicht erheblichen Schaden leiden sollte. Es kam also noch zu dem Verbandstage der Posaikzuidlaa, der in Breslau bisher 15 Fl. betrug.

Nach reichlicher Heberkennung und langem Beratungen in erweiterten Älialvorstand einigte sich aber der Vorstand der Breslauer Äliale, den Delegierten einen Beitrag von 30 Fl. pro Woche, beginnend mit dem 1. August, vorzuschlagen.

Um nun allen Mitgliedern auch Gelegenheit zu geben, sich über diese Erhöhung auszusprechen, hielt Kollege Wehrlein zunächst in allen 14 Sektionen der Breslauer Äliale Beitragsanfragen ab, die sämtlich auf der Tagesordnung die geplante Beitragserhöhung hatten. Wenn nun auch freilich verchiedene Kollegen zunächst Bedenken gegen diese Erhöhung äußerten, so einigte man sich doch schließlich überall auf den Bericht des Älialvorstandes. Man war eben in allen Sektionen der Meinung, daß es mit der Leistungsfähigkeit ein Ende haben müsse und daß die Schwundkraft unseres Verbandes nur durch hohe Beiträge erhoht werden könne. Heberall war man sich klar, daß die Erhöhung des Beitrages in Breslau die beste Antwort auf die Waktreaktionen des 30. Dezember sei. Weiter bedeutete die Beitragserhöhung eine Warnung an d. Breslauer Magistrat, in der bisherigen mäßigen Verhandlung der städtischen Arbeiter fortzuführen. Diese in den Sektionen der

Risikale zum Ausdruck gekommene Meinung wurde nun auch in der entscheidenden Mitgliederversammlung am 27. Juni allseitig anerkannt. Nachher in der Kollegen Wechsler und Wechsler über den Verbandstag in Mainz und seine Beschlüsse berichtet hatten und besonders Kollege Wechsler die Vertragsanhebung eingehend begründete, folgte eine längere Debatte, an der sich 13 Redner beteiligten. Alle erklärten die Beschluß des Verbandstages als richtig an, schloßen in einer Resolution die Haltung der Wiesener Delegierten und 12 erklärten ihre Zustimmung zu der Vertragsanhebung. Es wurde jedoch nur ein Kollege vom Gasarbeit III, der einen Mitgliederentscheidungsbescheid und außerdem gegen jede Unterwerfungsurteilung war. Besonders wertvoll ist, daß bei dieser Debatte die Frau eines Kollegen das Wort ergriff und für die Vertragsanhebung eintrat, wobei sie betonte, daß sie auch im Fabrikarbeiterverband organisiert sei und dort kaum 15 Pf. die Woche zahlt. Ihre Ausführungen fanden großen Beifall.

Es wurde geheißen abgenommen und stimmten 111 Kollegen für 50 Pf., 6 dagegen, 2 Jura waren unanfällig. Dazu kommt noch die Abstimmung der drei Sektionen, die demnach beibehalten wurden an der Versammlung teilzunehmen, nämlich der Laternenwart, der Feuerbauarbeiter und einzelner Metallhandwerker und Eisenarbeiter. Dort stimmten 116 für die Vertragsanhebung und 7 dagegen. Es sind also im ganzen in Wieslau 257 Stimmen für und 13 dagegen abgegeben worden. Ein Beweis für die Ehrlichkeit, Seriosität und Kampfesfreudigkeit der Wiesener Kollegen.

Schließen wir daher unseren Bericht mit dem Wunsche, daß die übrigen Kollegen im Reihe nachfolgen und ebenfalls beweisen, daß sie es satt haben, als Parasiten behandelt zu werden.

Die Mitgliederversammlung unserer Risikale beschloß die Anstellung zweier Hauskaffierer. Die Wahl fiel auf die beiden Gemeindegewählten des 30. Dezembers 1902, die Kollegen Mohaupt und Döring. Der Anfangslohn, der selbstverständlich aus der Risikokasse gezahlt wird betrug 24 Mk. pro Woche, außerdem trägt die Risikale die Krankentafelbeiträge.

Bei der Vertragsanhebung auf 50 Pf., die bekanntlich für Wieslau am 1. August in Kraft tritt, treten folgende Veränderungen der letzten Einrichtungen in Kraft. Die bisherige Krankenunterstützung von 3 Mk. pro Woche, die sechs Wochen lang gewährt wurde, wird auf 4 Mk. pro Woche erhöht, doch wird diese Unterstützung nur 4 Wochen und zwar nach den auf dem Verbandstage beschlossenen Voraussetzungen gegeben. Ebenso verhält es sich mit dem Zehrgeld für die Frau. Die Notfallunterstützung in dergleichen unverändert gelassen.

Der Stammsfonds fällt dagegen ganz fort. Die neugegründeten Arbeiterausschüsse, die seit durchweg in unseren Städten sind und zuerst noch schlafen, d. h. noch nicht in Funktion getreten sind, werden von uns zu einer besonderen Gruppe unseres Verbandes zusammengefaßt werden. Wenn sie dann, wahrlich nicht im Herbst, vom Magistrat gewirkt werden, steht zu hoffen, daß sie alle Bestimmungen, die auf sie gelegt werden, erfüllen.

**Charlottenburg. (Gasarbeiter.)** Am 21. Juni tagte eine öffentliche Versammlung der Gasarbeiter, um Protest gegen die Maßnahmen der Direktion und anderer Beamte zu nehmen. Die Tagung ist nun einmal den Herrschaften ein Dorn im Auge. Aber nicht offen nimmt man den Kampf an, sondern nach bestimmten Mustern so von hinten herum, durch kleine Adeltische. Schon im vorigen Jahre wurde unser Maschinerer Krause vom Revier nach der sogenannten Gusskolonne verlegt. Von dieser Kolonne hat der Herr Direktor Fiedel in der Deputation selbst behauptet, daß sie zum größten Teil nur aus Ausschüßleuten bestände. Ein Grund zu einer solchen Verlegung lag aber in keiner Weise vor. Noch merkwürdiger lag die Entlassung des Kollegen Schmidt. Schmidt hat sich vor Jahr und Tag durch mangelhafte Betriebseinrichtungen ein Verden zu gezogen, an dem er heute noch krankt. Eines Abends plagt ein Rohr, einige Werkstättenarbeiter, darunter auch Schmidt, werden in das Wasser kommandiert, um die Reparaturen vorzunehmen. Wasser ströfelt waren seinerzeit auf dem Werk noch vorhanden. In ihrer letzten Ableidung, niedrigen Schuhen arbeiteten die Leute stundenlang im Wasser, um den Schaden zu heilen. Schmidt zog sich dadurch eine Lungenentzündung zu, deren Folgen, wie schon gesagt, heute noch nicht bekennt sind. Weil nun Schmidt sich wieder krank fühlte, begab er sich zum Arzt, welcher ihm Rader verordnete. Eine Witte des Schmidt an seinen Vorgesetzten, ihm eine Stunde auf seine Schmidts' Kosten frei zu geben, damit er die Rader in Ruhe nehmen könne, wurde rundweg abgelehnt. Dies meldete Schmidt dem Arzt, und dieser schrieb ihm darauf arbeitsunfähig, Grund genug für die Direktion, den Schmidt als Kranken zu betrachten und zu entlassen. Gewiß ein seltsames Verhalten. Anstatt den Beamten wegen seines rigorosen Verhaltens dem Schmidt gegenüber zu urteilen, wird der Arbeiter entlassen, der sich im Dienste der Stadt kein Verden zugezogen hat. Ja, die Direktion ist bezüglich der Ursache zu Schmidts Krankheit, durchaus nicht ohne Schuld. Warum sind Wasserleitungen später angebracht worden? Wären sie zu jener Zeit schon vorhanden gewesen, dann hätte sich Schmidt wohl kaum eine Lungenentzündung zugezogen. Hier müssen wir feststellen, daß als Entlassungsgrund von Seiten der Direktion ausdrücklich angegeben wurde, er, Schmidt, sei zu viel krank. Die Arbeiter waren

über diese Entlassung empört und um künftig solchen Fällen vorzubeugen, stellten sie durch den Arbeiterausschuß die Forderung auf, daß wegen Krankheit niemand entlassen werden solle, sondern: daß zur Ausführung in solcher Verordnungen, wie Rader usw. die nötige Zeit gewährt wird. In der Sitzung des Arbeiterausschusses bejahte nun Herr Direktor Fiedel den Schmidt wiederum als zu oft krank, und deshalb sei eine Entlassung notwendig geworden. Kurz danach wurde der Fall von dem sozialdemokratischen Stadtverordneten in der Deputation vorgebracht und merkwürdig, auf einmal war Schmidt nicht mehr zu oft krank, sondern zu wenig leistungsfähig. Und um die Sache in dieser Gewerkschaft möglichst schnell abzutun, betrug sich der Herr Direktor darauf, daß Schmidt nach seinem Wissen ja schon wieder Arbeit gefunden habe. Ist denn dadurch, daß der Arbeiter wieder andere Arbeit bekommt eine ungerechte Entlassung zu rechtfertigen? Schmidts Mitarbeiter bestritten aber ganz entschieden, daß Schmidt wenig leistungsfähig gewesen sei. Hierüber geben aber auch folgende Zeugnisse Auskunft, die von der Gasanstalt angefertigt sind:

Herr Albert Schmidt, geboren 18. Mai 1870 zu Gnoien, Kreis Wehmg., wohnhaft Trangenitz 2a, ist vom 17. Dezember 1900 bis 1. Februar 1902 auf der hiesigen städtischen Gasanstalt II als Zähler und Maschinist beschäftigt gewesen. Die Leistungen waren zufriedenstellend, auch war gegen seine Führung nichts einzuwenden. Der Austritt erfolgt auf eigenen Wunsch.  
Charlottenburg, den 1. Februar 1902.

*Folgt Name und Stempel.*

Herrn Albert Schmidt wird auf seinen Wunsch bescheinigt, daß er vom 27. März 1903 bis 5. Mai 1906 auf der Gasanstalt II, Charlottenburg, als Zähler beschäftigt war. Mit dem ihm übertragenen Arbeiten zeigte er sich vertraut.  
gez. Fiedel.

Nun zu dem Fall Siebert. Siebert war dieses Frühjahr mehrere Wochen krank, und zwar mußte er im Bett bleiben. Am 1. Mai wurde er zum ersten Male zum Arzt in die Sprechstunde bestellt. Siebert legte den Weg zum Arzt mit noch einem anderen Kranken zurück. Drei Wochen später wird nun Siebert zum Direktor geführt, der ihm erklärt, er sei ohne Erlaubnis ausgegangen. Dies soll nach Behauptung des Herrn Direktors am letzten April gewesen sein. Siebert stellt hierbei fest, daß von Seiten des Fernzweites eine Verwechselung des Namens vorliegen müsse und beauftragt sich auf das Zeugnis des anderen Patienten, der sich in seiner Begleitung befinden habe. Doch dies nützt alles nichts. Am 1. Juni, also vier Wochen nach dem Verfall, erhält Siebert von der Direktion ein Strafmandat in Höhe eines halben Tagelohnes. Um diese Verstrafung voll würdigen zu können, muß man berücksichtigen, daß ein Antrag auf Verstrafung des Siebert wegen dieses Vorfalles bereits dem Maschinenhande vorgelegt hatte. Dieser konnte sich aber von der Schuld Sieberts nicht überzeugen und lehnte eine Verstrafung ab. Das hinderte die Direktion gar nicht, die Verstrafung auf eigene Faust vorzunehmen. Gegen das Strafmandat erhob Siebert Einspruch mit der Begründung, daß in dieser Angelegenheit nur der Maschinenhand und nicht die Direktion der Gasanstalt zu entscheiden habe. Auch dadurch ließ sich aber die Direktion nicht verblüffen, sondern sandte folgende Antwort:

Im Besitze Ihres gest. Schreibens vom 7. d. Mts. diene Ihnen zur Nachricht, daß die Verstrafung nicht wegen Unlauterkeit, sondern das wäre Angelegenheit der Maschinenkasse, — sondern aus dem Grunde erfolgt ist, weil Sie einem unserer Beamten eine Unwahrheit gesagt haben.  
gez. Fiedel.

Siebert bestritt ganz entschieden eine Unwahrheit gesagt zu haben und beauftragt sich dabei auf den oben erwähnten Zeugen. Doch gleichviel wie dem nun sei. Auch selbst wenn Siebert die Unwahrheit gesagt hätte, bliebe es doch immer noch eine Maschinenangelegenheit. Die vermeintliche Unwahrheit soll er in bezug auf seinen Gang zu Sprechstunde des Arztes gesagt haben, mithin bleibt es immer noch eine Angelegenheit der Kasse. Und nur der Maschinenhand hat ein Recht, wenn er meint, es liegt ein Unrecht vor, Verstrafung zu veranlassen. Wenn das Vorgehen der Direktion von den oberen Instanzen gut geheißen wird, dann kann der Maschinenhand ruhig abwarten, denn er wird ja doch ausgekallt. Was dieser ablehnt, macht dann eben die Direktion auf eigene Faust.

Wir fragen aber, was ist der Grund zu dem Verhalten der Direktion? Wir können nachweisen, daß die Direktion auch anders kann. In einer Sitzung des Maschinenhandes ist von einem Mitgliede derselben festgestellt worden, daß ein Beamter der Kasse dem Maschinenhand eine Unwahrheit gesagt hat, ob bewußt oder unbewußt, läßt man dahingestellt sein und dieser ist heute noch im Dienst. Andere Fälle ließen sich noch aufzählen, wo die Direktion nachsichtig war. Nun, wir wollen aus unserem Herzen keine Rader grube machen. Krause ist unser Maschinerer, Schmidt war unser Vertrauensmann, und Siebert Postgehende. Das erklärt wohl alles. Denn dieselbe Unwahrheit, der Siebert besichtigt und deswegen bestraft wird, hat sich auch der andere mit ihm zum Arzt gehende Kollege schuldig gemacht. Doch an dessen Verstrafung hatte eben die Direktion kein Interesse.

Nach außen hin erklärt man, das Koalitionsrecht nicht anzufassen zu wollen, aber von hinten herum fucht man die organisierten

stellen zu schikanieren. Die Arbeiter betrachteten es durchaus nicht als Zufall, daß man gerade die Leiter der Organisation trifft. Hier muß es Aufgabe aller Gas-Arbeiter sein, sich zu organisieren. Sehr wichtig ist dabei in der Diskussion die verschiedenen Redner aus, daß wenn alle Arbeiter organisiert sein würden, die Direktion sehr bald solche Maßnahmen unterlassen würde. Feststellen müssen wir noch, daß alle Stadtbewohner eingeladen aber von den bürgerlichen Kameraden erschienen war. Einige hatten sich entschuldigt. Tagelang waren mehrere Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion anwesend. Dies muß den Arbeitern Beweis genug sein, daß sie nur in diesen ihre Freunde erhalten können. Eine deshalb jeder der gewerkschaftlichen wie politischen Organisation gegenüber seine Pflicht.

**Tresden.** In gut besuchter Versammlung am 15. Juni erstatteten die Delegierten, Kollegen Wischen, Feschler und Altmann Bericht vom Verbandstag. In der Geschäftsberichts des Verbandsvorstandes in nächster Zeit den Mitgliedern in Druck angeheftet wird, erbringt uns wohl an dieser Stelle näher darauf einzugehen. Die Hauptpunkte unserer diesjährigen Verbandstages waren: Grenzstreitigkeiten und Tarif, sowie die Vertragsregelung. Wir können ruhig sagen, in beiden Punkten haben wir gut abgeschnitten. Die Diskussionen verliefen sich denn auch mit dem Verlauf des Verbandstages einverstanden. In einige Erregung verfielen die Anwesenden der weitere Punkt der Tagesordnung: Das Verhalten des Bahnmehlers gegen den Zwickauer Arbeitern gegenüber. Der Leitung des Gewerkschaftsverbandes sind diese Verhältnisse gegen diesen Mann unangenehm. Auch die Direktion der Straßenbahnen erfährt eine heftige Kritik, besonders der sehr im argen liegenden Kundenverkehr. In wiederholten Malen ist der Direktion schon mitgeteilt worden, für bessere Verhältnisse zu sorgen. Jedoch wird immer noch die weisseste Auerde gebraucht, die Direktion habe sich in diesen Betrieb noch nicht genügend einarbeiten können. Aber, so sagen wir, man hat doch die Direktoren der beiden ehemaligen Gewerkschaften mit übernommen, diese müssen doch den Betrieb kennen? Darauf wird der Gewerkschaftsverband beauftragt die Dinge auf gutem Wege zu schlichten, vielleicht beschließen sich dann die beiden Bahnmehler einer besseren Behandlung der Zwickauer Arbeitern gegenüber, wenn nicht, dann beschreiten auch wir andere Wege. Diese Verhandlungsangelegenheiten fühlte sich das Mitglied Habmann bewegen eine Note mehr oder weniger sachlicher Ausstellungen zu überbringen. Der Antrag hat es ihm die vom Verbandstag beauftragte Zentralisation der Unternehmungen mitzutragen angetan. Zuerst wurde nach der das am besten auf lokaler Basis zu regeln. Dieser in die Regelung der Gehälter der Verbandsangestellten ebenfalls nicht nach seinem Geschmack. Bei diesen Angelegenheiten habe der Sozialismus viel zu wünschen übrig. Keiner führte er aus, daß man stattdessen von Gewerkschaften Gebrauch machen und nimmt hierbei auf den Fall Altmann Bezug. Die Ausstellungen Habmanns, bei denen gewisse Angriffe auf die Angeordneten nicht fehlten, riefen eine heftige heftige, teilweise verächtliche Debatte hervor. Jedoch muß betont werden, daß ehemalige Mitglieder glauben, sei in die Gewerkschaft ihrer Nachlässigkeit ein gutes Mäntelchen umhängen. Gerade diese Änderungen haben die allgeringste Berücksichtigung, in dieser Weise aufzutreten. Die Ausstellungen Habmanns zu widerlegen, war ein Leichtes. Hat doch gerade er zum großen Teile selbst in die im Falle Altmann getanen Schritte mitgewirkt. Auf einem Antrag hin wurde die Versammlung dann weit nach 12 Uhr nachts vertagt. Freitag, den 22. Juni, wird in der Debatte weitergeführt.

Waren am 15. Juni die Geister ziemlich heftig aufeinandergeplagt, so verlor die Versammlung am 22. Juni in imponanter Ruhe und Sachlichkeit, ein Beweis für die gute Schulung unserer Mitglieder. In unterbrochen durch lebhaftes Zuhörern, konnte Kollege Wischen an vielen Gelegenheiten in den zehn Jahren seiner Tätigkeit zeigen, wie so oft sich der angewandte Idealismus der Verbandsangestellten bezahlt hat und betätigen mußte, und so wird es auch in Zukunft bleiben. Viele Mitglieder und nun erst der Meinung, daß durch die Beschlüsse des Verbandstages die Dresdener Beiträge und Unternehmungen ebenfalls eine Änderung erfahren, das ist jedoch nicht der Fall. Es sei darum an dieser Stelle nochmals konstatiert, daß im Dresden in dieser Beziehung kein Wandel eintritt. Ebenso verhält es sich mit den Gehältern. Die vom Verbandstag beschlossenen Tage, die, wie gleichfalls betont werden muß, keine Neuerungen sind, beschränken sich nur auf die vom Verbandsvorstand angeordneten Strafen: Die Ortsbeamten werden davon nicht berührt, hier ist es Sache der einzelnen Städte, diese Angelegenheit zu regeln.

Die nächsten Redner gingen näher auf diese Angelegenheit ein. Besonders die Ausführungen Habmanns in der ersten Versammlung werden energisch zurückgewiesen. Habmann erklärt dann auch, daß er mit seinen Ansichten doch keine Gelegenheit habe; mit seinem Arbeitsverhältnis sei er zufrieden. Besondere Vorlesungen hätten ihm keine sozialistischen Ideen ausgebreitet, er erkläre daher seinen Austritt, verweigere aber, der Bewegung nicht entgegenzutreten zu wollen.

In dieser Sache sprechen noch einige Kollegen, welche das Verhalten Habmanns, der sich erst sehr radikal gezeigt habe, nicht begreifen können. Wahrscheinlich hatten hier dunkle Strafen die Hand im Spiele; jedenfalls müßte man die Sache im Auge behalten. Inzwischen ist folgende Resolution eingelaufen:

„Die Versammlungen vom 15. 22. Juni sind mit der Haltung ihrer Delegierten auf dem Verbandstage einverstanden. Sie versprechen, den Beschlüssen des Verbandstages, als höchste Instanz, Geltung zu verschaffen.“

Diese Resolution fand einstimmige Annahme. Am Gewerkschaftlichen wurde konstatiert, daß die Löhne der beim Kohlelegen des Wasserwerkes beschäftigten Arbeiter den anderen städtischen Betrieben gegenüber zurückbleiben. Die Arbeitsleistung ist hier im nichts leichter, im Gegenteil; hinzu kommt noch, daß besonders bei Hochbrüchen die Kohlleger im Wasser arbeiten müssen und daß dann nicht immer Wasserlötlampe vorhanden sind. Die Arbeit des Kohllegers erfordert große Gewissenhaftigkeit, man solle dann auch diese Leute, die eine so verantwortungsvolle Arbeit leisten, dementsprechend bezahlen. Ferner wurde konstatiert, daß der Herr Werkmeister Borig, welcher vielen Arbeitern noch von seiner Tätigkeit bei den Gasanstalten in angenehmer Erinnerung ist, sich auf dem besten Wege befindet, durch sein gegenwärtiges Verhalten die Sympathie der Arbeiter vollends zu verlieren.

In demjenigen städtischen Beamten, welche mit dem Inhalt der allgemeinen Arbeiterordnung nicht recht vertraut sind, scheint auch Herr Engelhardt, seines Lebens Tischbaufischer, zu gehören. Das beweist folgendes: Vor einiger Zeit wurde eine Anzahl langjähriger Tischbaufischer zur Spallkolonne verurteilt. Bei diesen Arbeiten gibt es 5 Pf. Zuschlag für die Stunde. Diese verurteilten Arbeiter erhielten den Zuschlag nicht sogleich, sondern erst vier Tage später. Sie müßten diese Arbeit erst lernen und für Vergeßzeit gibt es diesen Zuschlag nicht. Die Arbeiterordnung verlangt das so, erklärte Herr Engelhardt seelenruhig! Wir haben uns bemüht in der Arbeiterordnung diese Bestimmung aufzuheben, jedoch, trotz allem Zwang, erfolglos. Die Anordnung des Herrn Engelhardt bedeutet demnach nichts weiter, als einen Akt von Beamtenwillkür. Tagelang werden Schritte unternommen werden.

Nach einigen Mitteltönen geschäftlicher Art wird die Versammlung gelöst.

**Tüffelbors.** Nun haben die Gasarbeiter ihren Arbeiterausdruck. Allerdings, denen Rechte sind nur ganz geringer Natur. Einmal innerhalb eines halben Jahres dürfen „berechtigte“ Wände in „geheimer Art“ vorgetragen werden und zwar mündlich. Die zu wählenden Arbeiter müssen 20 Jahre alt sein, auch müssen sie schon vier Jahre im Betrieb nachgewiesen haben. Erdbreit ist 3 Punkte, daß die Wände innerhalb des letzten Jahres 1. bis 3. Punkt auf Grund der Arbeiterordnung befreit sein dürfen. Die Kollegen waren sich zunächst nicht einig, ob man sich an der Wahl zu dieser Wähler Arbeitervertretung beteiligen sollte. Demnach beschloß man, Kandidaten aufzustellen. Das Wahlverfahren sah so aus: Es wurde getrennt gewählt. (Divide et impera!) Folgende vier Gruppen kandidierten auf: a) Tischbaufischer, Meldearbeiter und Meldearbeiter; b) Tischbaufischer, Meldearbeiter, Apparaturarbeiter, Ammoniakarbeiter, ein Vertreter; c) Sandwerker, ein Vertreter; d) Heizerarbeiter und alle übrigen Arbeiter, zwei Vertreter. Die Stimmzettel wurden unmittelfelt vor der Wahl im Zwickhaus ausgegeben. Gruppe a) erhielt weisse, Gruppe b) gelbe, Gruppe c) blaue und Gruppe d) rote Stimmzettel. Hat man schon einmal von einem Wahlverfahren Wahlverfahren gehört? Freilich war es ausgeschlossen, das im Hinblick auf dieses Verfahren ein gewisses Maß an dem in der Arbeiter zustande kommt. Die Mündlichkeit derselben wird die Geschäfts des Verbandes schon ziemlich machen, jedoch wenn es war so schon gewesen! Trotz dem vierjährigen Mandatwahlrecht ein beachtlicher Sieg der organisierten Arbeiterinnen auf der ganzen Linie. Das ist das Ergebnis der Wahl vom 12. Juni 1906. Gehen wir nun, das ist die „Weigen“, „Weiden“, „Blauen“ und „Roten“ in gemeinsamer Arbeit unter dem Banner des Verbandes stets zusammenzuführen. Gewählt wurden die Kollegen: a) Haas, b) Wammsie, c) Sonnenberg, W. Sodenbroich, W. Raab, d) G. Hilgert und A. Wolf.

Die am Samstag, den 23. Juni, stattgefundene Mitglieder-Versammlung war sehr gut besucht. Kollege Schaberlein erstattete den Bericht vom Verbandstag. Mollere Seibering tabelte, daß die Beschlüsse des Verbandstages und der Gewerkschaftsleitung nicht in einem Bericht vermerkt, sondern getrennt herausgegeben werden. Es soll trotzdem eine allgemeine Lobtsbewegung unternommen werden. Es soll besonders eine allgemeine Lobtsbewegung unternommen werden. Es soll besonders eine allgemeine Lobtsbewegung unternommen werden. Es soll besonders eine allgemeine Lobtsbewegung unternommen werden.

**Möln.** Die am 22. Juni stattgefundene Mitglieder-Versammlung hat sehr viele Besuche gesehen. Die Kollegen Weller, Weller und Schaberlein erstatteten Bericht vom Verbandstag. Die Versammlung stellte sich rückwärts auf die auf denselben getanen Beschlüsse. In der nächsten Versammlung soll zu der Umwandlung der lokalen Gewerkschaften in eine allgemeine Gewerkschaften werden. An der Stelle der zurückgetretenen Kollegen Sonnenberg und Raab wurden die Kollegen A. Hofmann, zum Vorsitzenden und A. Berger zum Kassierer gewählt.

**M. Stadtbach.** In der am 21. Juni stattgefundene Mitglieder-Versammlung wurden zunächst die Zwickauer einen Kollegen befragen. Nach gründlicher Aussprache kam das Bedürfnis zum Ausdruck, persönlich über Zwickauer hätte mit dem große Ziel

aufser Acht zu lassen, das sich der Verband gesteckt habe. Der Vorsitzende als auch Kollege Schäfer-Möln rieten dringend zur Enthalte. Hoffen wir, daß dieselbe unterdessen unter den streitenden Parteien herbeigeführt ist. Schäfer gab sodann einen Bericht über die Verhandlung a des Verbandstages und der Gasarbeiterkonferenz. Derselbe wurde mit Interesse entgegen genommen. Bejährend wurde auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung der Antrag an das Gewerkschaftsrat zu setzen.

**Hofheim.** Halbjährlich: Generalversammlung am Sonntag, den 10. Juni, vormittags 10 Uhr, im „Weißen Hof“. Tagesordnung: 1. Wahl eines zweiten Vorsitzenden, eines zweiten Schriftführers und eines zweiten Kassierers. 2. Verbandsstaatsbericht und Bericht von der dritten Gasarbeiterkonferenz. 3. Verschiedenes. Als zweiten Vorsitzender wurde Kollege Ambrüster, als zweiter Schriftführer Karl Bauer und als zweiter Kassierer Georg Stanger gewählt. Kollege Altmater Stuttgart gab in einem 1 1/2 stündigen Vortrag den Verbandsstaatsbericht, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde. Den Bericht von der Gasarbeiterkonferenz erstattete Kollege Gierbach. Dann bemängelten verschiedene Redner die Klarheit auf dem Rat haufe in bezug auf die Ausarbeitung des Lohntarifs, sowie die Interessenslosigkeit bei einigen unserer sozialdemokratischen Stadtverordneten in punkto städtischer Arbeiterfragen. Nach einem Schlußwort des Kollegen Altmater, in welchem er die Anwesenden ersuchte, trenn zur Kasse zu halten, schloß der Vorsitzende Gierbach die aufbesuchte Versammlung. Nachmittags 2 Uhr fand eine Ausschüßung im Zwölfstall, welcher Kollege Altmater ebenfalls bewohnte, um über die in nächster Zeit zu unternehmende Agitation sowie über sonstige Angelegenheiten zu beraten.

**Aus den Stadtparlamenten.**

**Hamburg.** Eine neue Arbeitsordnung für das städtische Gaswerk wurde nach mehrmonatlichen Vorverhandlungen, im Einverständnis mit der Arbeiterkassette des Werkes, von den beiden städtischen Kollegien heute genehmigt. In derselben ist eine 9 1/2 stündige Arbeitszeit mit 9/10 stündiger Bezahlung fixiert; der ortsübliche Tagelohn wurde mit 2,60 RM normiert.

**München.** Nach zahlreichen Sitzungen hat gegen Ende Juni der Sonderausschuß für Beratung der Arbeitsordnung der Sozialen Kommission den Entwurf für eine neue Arbeitsordnung fertig gestellt. Nach erfolgter Drucklegung wird der Entwurf die Soziale Kommission und hoffentlich gleich darauf die städtischen Kollegien beschäftigen.

**Hfenbach a. M.** Die Stadtverordneten beschloßen heute, die Oberbürgermeisterstelle mit einem Gehalte von 10.000 RM zur Neubesetzung auszufreiben; die bürgerlichen Stadtverordneten stimmten gegen den Antrag.

**Verbandsteil.**

Geschäftsstelle des Verbandsvorstandes:  
**Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24.**

Telephon: Amt IX, 6198.

**Quittung der Hauptkasse.**

Im Monat Juni gingen folgende Gelder von Beiträgen ein:  
Für das II. Quartal 1906: Dresden 1. Rate 500,— RM, Möln a. Rh. 1. Rate 400,— RM, Hamburg 2. u. 3. Rate 1600,— RM, Leipzig 1. u. 2. Rate 850,— RM, Ludwigshafen 1. Rate 274,93 RM, Mühlhausen i. Gh. 1. Rate 261,70 RM, Stuttgart 1. u. 2. Rate 700,— RM.

Ferner gingen ein: An Zinsen 1,60 RM, Abonnementsgelber 16,40 RM für Inserate Berlin IX 8,10 RM, Berlin X 1,80 RM, sonstige Einnahme durch Miedel 2,— RM, Berlin XI 11,70 RM, Seilbron 6,30 RM, Kiel 5,10 RM, Leipzig 7,50 RM, Mannheim 11,55 RM.

**Von Einzelmitgliedern:**

Nr. 33138	1,95 RM	Nr. 50421	1,— RM	Nr. 58111	1,— RM
" 37655	4,—	" 50450	2,—	" 58119	4,85
" 37657	2,70	" 50470	8,—	" 58122	4,20
" 38679	2,—	" 50498	1,50	" 58123	4,20
" 38685	3,35	" 50499	1,50	" 58124	4,20
" 38692	3,35	" 50500	1,50	" 58125	4,20
" 38666	2,10	" 50803	0,80	" 58126	2,05
" 38867	5,—	" 58101	1,25	" 58127	2,70
" 38899	1,—	" 58102	1,50	" 58128	4,80
" 38893	3,—	" 58103	1,50	" 58129	3,30
" 45277	1,—	" 58104	1,50	" 58130	3,40
" 45682	2,20	" 58105	2,—	" 58131	4,20
" 46604	3,—	" 58106	2,—	" 58132	3,40
" 46896	1,50	" 58107	1,75	" 58133	4,20
" 46610	5,—	" 58110	1,—	" 58134	4,20

Gesamt 119,85 RM

G. Hmann, Hauptkassierer.

Beleg. In Verteilung des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten G. Hmann Verantwortliche: Redaktions: G. Bauer, beide Berlin W. 30, Winterfeldtstr. 24. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Zenger & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 9.

**Anzeigen.**

**Totenliste des Verbandes.**

Willy. Heinicke, Magdeburg  
† 22. Juni 1906 im Alter  
von 56 Jahren.

Heinrich Schmidt, Berlin  
† 25. Juni 1906 im Alter  
von 57 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter  
Einzelmitglieder Dresden.**

Sonntag, den 22. Juli 1906

**Grosse Gesellschaftspartei  
in die Sächsische Schweiz**

**Extrazug** ab Hauptbahnhof morgens 5 45 Uhr nach  
Schöna. Ueberfahrt nach Herrnskretsch. Abmarsch mit Musik nach dem Predbischtor, großen Winterberg, Kustall, Vichtenbainer Wasserfälle, Forsthaus Kunitzschäl, Schandau. Im Schönenhaus freier Tanz. Preis der Teilnehmerkarte für Ein- und Rückfahrt, einschließlich der Ueberfahrten und Nacht 2,50 RM., Kinder 1,50 RM. Zur Vermeidung von Aufenthalt bitten wir, die Karten rechtzeitig zu entnehmen. Rückfahrt von Schandau 10 Uhr abends. Zahlreiche Beteiligung wünscht Das Komitee.

**Filiale Groß-Berlin.**

Sonntag, den 15. Juli 1906

**SOMMER-FEST**

in Ludwigs Viktoriengarten, Treptow  
— Köpenicker Landstraße 21-22 —

**zum Besten des Unterstützungsfonds**

**Konzert und Theater-Vorstellung**

Mitwirkende:

**Gesangverein „Nixdorfer Männerchor“**

(M. d. S. 2. B.)

**Volksänger-Gesellschaft Lewandowsky**

Im großen Saale: **BALL** Karten 50 Pf. extra

**Kinder-Fackelpolonaie — Kaiserle-Theater**  
Stadlaterne gratis

Die Kaffeeküche steht zur Verfügung

Anfang 4 Uhr **Entree 25 Pf.**

Kinder in Begleitung Erwachsener frei.

Bequeme Nachverbindungen nach dem herrlich im Treptower Park, dicht am Bahnhof Treptow gelegenen Kottbuscher Stadtbahnhof und Ringbahn und vieler Straßenbahnlinien.

Mit Müdigkeit auf den guten Zweck erwartet recht zahlreichen Besuch  
Das Vergnügungs-Komitee